

Berlin, 22.03.2024

Wachstumschancengesetz verabschiedet

Kleiner Hoffnungsschimmer für heimische Wirtschaft

Nach langer Hängepartie hat der Bundesrat heute dem Wachstumschancengesetz zugestimmt und damit einen Weg für dringend notwendige Konjunkturimpulse frei gemacht. Der Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V. (DeSH) begrüßt die Einigung, kritisiert jedoch das deutlich geschrumpfte Entlastungsvolumen und appelliert an Strukturreformen. Auch wenn wichtige Maßnahmen für die Bauwirtschaft und den Mittelstand verabschiedet wurden, bleiben die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurück und die Wirksamkeit begrenzt. Um die deutsche Wirtschaft nachhaltig zu beleben und die klimafreundliche Transformation voranzubringen, sind weitere Anstrengungen notwendig.

„Wir begrüßen die heutige Verabschiedung des Wachstumschancengesetzes durch den Bundesrat ausdrücklich. Nach langer Ungewissheit hat sich die Politik endlich auf dringend notwendige Entlastungsmaßnahmen geeinigt. Das eröffnet Spielräume für wichtige Investitionen und gibt insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen eine Perspektive“, so DeSH-Geschäftsführerin Julia Möbus. „Leider bleiben die Ergebnisse jedoch hinter den Erwartungen zurück. Mit Blick auf die Rezession und den Transformationsbedarf ist die deutsche Wirtschaft auf weitreichende Impulse und Maßnahmen angewiesen. Dass sich das Entlastungsvolumen mit nun 3,2 Milliarden Euro mehr als halbiert hat und die Klimaschutz-Investitionsprämie gestrichen wurde, ist vor diesem Hintergrund kein Anlass zum Feiern“, kritisiert Möbus.

Baukrise erfordert Maßnahmenpaket

Insbesondere die Bauwirtschaft steht vor massiven Herausforderungen: Die Wohnungsbaugenehmigungen sind im Januar weiter zurückgegangen und haben sich gegenüber 2022 fast halbiert. Die Sanierungsquote liegt bei unter einem Prozent – Tendenz sinkend. Gleichzeitig hat der Gebäudesektor massiven Aufholbedarf beim Klimaschutz. „Dass mit der degressiven Absetzung für Abnutzung (AfA) im Wohnungsneubau endlich eine zentrale Maßnahme des bereits im September letzten Jahres beschlossenen Maßnahmenpaketes des Wohnungsbaugipfels umgesetzt wird, bleibt ein wichtiger Schritt. Angesichts der andauernden Baukrise, die sich mittlerweile auch zu einer sozialen Wohnkrise ausweitet, wird dieses Instrument jedoch allein nicht ausreichen“, betont Möbus.

„Zu viele politische Maßnahmen greifen derzeit zu kurz. In der Bau- wie in der Gesamtwirtschaft sind Unternehmen und Verbraucher nicht nur auf Entlastungen und Hilfen, sondern auch auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Um die Konjunktur mittelfristig zu stabilisieren, schafft das Wachstumschancengesetz die nötigsten Voraussetzungen. Für einen kräftigen Schub mit langfristiger Wirkung sind weitere Anstrengungen notwendig.“

Pressekontakt

Deutsche Säge- und Holzindustrie
Julia Möbus
Chausseestraße 99
10115 Berlin

Tel.: +49 30 2061 399-00

Fax: +49 30 2061 399-89

E-Mail: presse@saegeindustrie.de

Internet: www.saegeindustrie.de

Lobbyregisternummer: R000346

Über die Deutsche Säge- und Holzindustrie

Der Deutsche Säge- und Holzindustrie – Bundesverband e.V. (DeSH) vertritt die Interessen der deutschen Säge- und Holzindustrie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Dabei steht der Verband seinen Mitgliedern, darunter mehr als 370 Unternehmen aus ganz Deutschland, in wirtschafts- und branchenpolitischen Angelegenheiten zur Seite und unterstützt die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Verwendung des Rohstoffes Holz. Der Verband tritt in Dialog mit Vertretern aus Medien, Wirtschaft, Politik und Forschung. Bei der Umsetzung ihrer Ziele steht der *Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband* für eine umweltverträgliche und wertschöpfende Nutzung des Werkstoffs und Bioenergieträgers Holz.